

3/2017
NACHHALTIGE
LANDWIRTSCHAFT

Bessere Tierhaltung schützt
das Klima. Seite 4

Petition: Stoppt die Gülle-
Verschmutzung! Seite 6

Die Lust auf Nachhaltigkeit
und Politik wecken. Seite 8

EDITORIAL



Klemens van de Sand

Mitglied im Vorstand
von Germanwatch

Liebe Leserinnen und Leser,

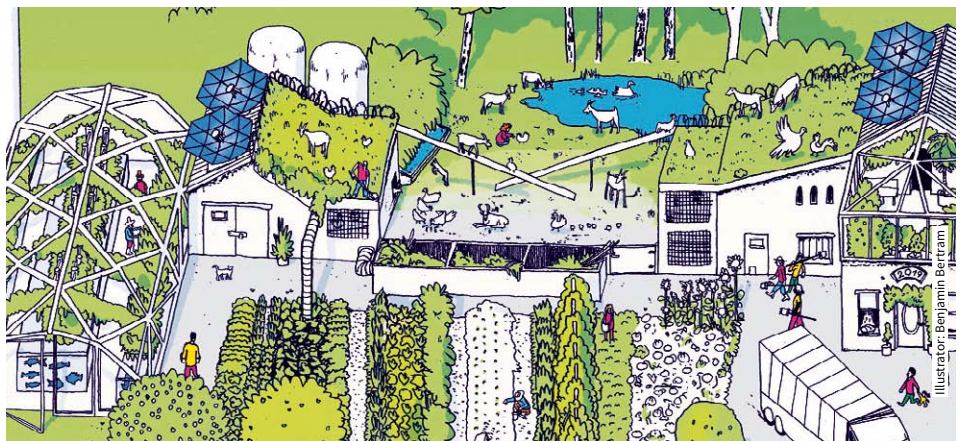
vor ziemlich genau zwei Jahren haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet. Die drängendsten sozialen und ökologischen Probleme von Armut und Hunger über den Klimawandel bis zum Verlust der biologischen Vielfalt sollen bis zum Jahr 2030 gelöst werden. Damit dieses ehrgeizige Vorhaben gelingen kann, sind alle Politikbereiche an der Agenda 2030 auszurichten.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie bietet dafür eine gewisse Grundlage, aber es ist notwendig, sie zu konkretisieren und vor allem umzusetzen. Es darf nicht bei Sonntagsreden bleiben: Die nächste Bundesregierung muss liefern und die Weichen mit konkreten Zielen und Instrumenten der Umsetzung bereits in den Koalitionsverhandlungen stellen.

In dieser Weitblick-Ausgabe machen wir deutlich, dass im Bereich Landwirtschaft und Ernährung besonderer Reformbedarf besteht. Denn mit der derzeitigen Agrarpolitik sind die Ziele zu Hungerbekämpfung, gesunder Ernährung, Gesundheit, Gewässer-, Boden- und Klimaschutz, aber auch die ländliche Entwicklung in Afrika unmöglich zu erreichen.



Globale Entwicklungsziele brauchen eine andere Landwirtschaft



Wie sieht die nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft aus? Zum Beispiel so wie auf diesem Ausschnitt eines Wimmelbildes, für das Germanwatch viele Ideen und Wünsche gesammelt und zu einem großen Zukunftsbild zusammengesetzt hat. Mehr unter www.germanwatch.org/de/wimmelbild-zukunft

Die Zahl der Hungernden in der Welt wird dieses Jahr wieder auf mehr als 800 Millionen Menschen ansteigen, nachdem sie jahrelang langsam gesunken war. Wichtigster Grund sind Kriege und Konflikte, die auch mehr als 60 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen haben. Der menschengemachte Klimawandel und der Artenverlust schreiten weiter voran. Um diese Probleme anzugehen, hat die Weltgemeinschaft 2015 einen Katalog von Zielen beschlossen, an dem wir Politik, Wirtschaften und Leben grundlegend neu und nachhaltig ausrichten sollen.

Dies ist der bislang letzte Schritt des auf der Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro begonnenen Prozesses. Dort haben die Vereinten Nationen (UN) das Ziel formuliert, die wirtschaftliche Entwicklung so zu gestalten, dass Armut beendet wird und die Umwelt erhalten bleibt. Um diesem Ideal einer „nachhaltigen Entwicklung“ (Sustainable Development) näher zu kommen, beschlossen sie eine Reihe von Erklärungen und Abkommen, unter anderem die UN-Konvention zur Bekämpfung des Klimawandels. Im Jahr 2000 definierte der UN-Millenniumsgipfel in New York acht sogenannte Millennium-Entwicklungsziele (MDG), um Armut, Hunger sowie die Kinder- und Müttersterblichkeit bis 2015 zu verringern, während Schulbildung, Geschlechtergerechtigkeit, die Bekämpfung von HIV/

AIDS und Malaria sowie der Zugang zu sauberem Trinkwasser verbessert werden sollten. Trotz des Anspruchs integriert vorzugehen, setzten die Abkommen von Rio den Schwerpunkt auf ökologische und die MDGs auf entwicklungspolitische Themen.

Zwanzig Jahre nach der ersten Rio-Konferenz fand 2012 der UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung statt – wieder in Rio de Janeiro. Damals zeichnete sich ab, dass wichtige MDGs und Ziele der Rio-Abkommen bis 2015 nicht zu erreichen sind. Um darauf zu reagieren und dem Anspruch, Entwicklungs- und Umweltfragen zusammen anzugehen, besser gerecht zu werden, erhielten die Vereinten Nationen das Mandat, global gültige Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) zu erarbeiten. Im September 2015 beschloss die Staatengemeinschaft in New York die Agenda 2030 mit ihren 17 SDGs und insgesamt 169 Unterzielen, die bis 2030 verwirklicht werden sollen. Die SDGs sind so umfangreich, weil sie alle Bereiche der Nachhaltigkeit abdecken und zusammenbinden sollen, auch die Ergebnisse des UN-Klimagipfels 2015 in Paris. Dass die Ziele – anders als die MDGs – für alle Länder gelten, ist ein bedeutender Schritt hin zu der Erkenntnis, dass sich die Länder des globalen Südens und Nordens jeweils entwickeln müssen, aber jeweils anders, um Nachhaltigkeit zu ermöglichen.

Landwirtschaft als Schlüssel-sektor für die SDGs

Wegen ihres umfassenden Charakters erfordert die Umsetzung der SDGs eine weitgehende Veränderung aller Wirtschaftssektoren. Landwirtschaft und Ernährung sind dabei mit besonders vielen Nachhaltigkeitszielen verknüpft. So kann das Ziel 1 – die Armut zu beenden – nur erreicht werden, wenn die Einkommen im ländlichen Raum steigen. Denn dort leben nach wie vor die meisten Armen, auch wenn erstmals in der Geschichte mehr Menschen in Städten wohnen als auf dem Land. Ziel 2 verlangt, eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern, um den Hunger zu beenden. Die Unterziele stellen einen direkten Bezug zur Armutsbekämpfung her: Produktivität und Einkommen von KleinproduzentInnen, insbesondere Frauen und anderen benachteiligten Gruppen, soll verdoppelt werden. Hier bestehen auch große Synergien zur Geschlechtergerechtigkeit (Ziel 5), da die Mehrheit der Kleinbäuerinnen und -bauern weltweit Frauen sind. Gleichzeitig sollen landwirtschaftliche Produktionssysteme insgesamt dazu beitragen, Ökosysteme zu erhalten und die Bodenqualität zu verbessern. Angesichts des Verlusts gewachsener Kulturlandschaften und der damit verbundenen biologischen Vielfalt sowie zurückgehender Bodenfruchtbarkeit auch in Deutschland und Europa besteht hier Handlungsbedarf für die EU-Agrarpolitik (siehe Artikel S. 3).

Eng mit der Ernährung ist das Ziel 3, ein gesundes Leben für alle Menschen zu gewährleisten, verbunden. Hunger und Mangelernährung beeinträchtigen die Gesundheit stark. Gleichzeitig nehmen in Industrie- und Schwellenländern Übergewicht und Diabetes zu, die Folgen eines zu hohen Verzehrs stark verarbeiteter Lebensmittel mit hohem Fett- und Zuckergehalt sowie von Fleisch sind. Die Deutschen essen pro Kopf im Durchschnitt etwa doppelt so viel Fleisch, wie von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung empfohlen. Die industrielle Tierhaltung mit dem massiven Antibiotikaeinsatz ist zu einer der großen Ursachen für das Anwachsen der Antibiotikaresistenzen geworden (s.S. 4). Die Weltgesundheitsorganisation warnt, dass Antibiotikaresistenzen in den kommenden Jahrzehnten zu einer der größten Gesundheitskrisen weltweit führen könnten. Die politisch unterstützte Ausrichtung der Fleisch- und Milchproduktion auf Kosteneffizienz und Mengenwachstum und damit niedrige Verbraucherpreise befördert dies.

Eng verbunden mit Gesundheit ist auch Ziel 6 zum nachhaltigen Wassermanagement, das eine geringere Verschmutzung durch gefährliche Chemikalien und andere Stoffe fordert. Deutschland kann in vielen Regionen die EU-Vorgaben zur Nitratbelastung von Grund- und Trinkwasser nicht einhalten. Dies liegt vor



allem an der intensiven Tierhaltung in diesen Regionen, die durch Stickstoff aus Gülle und Mist die Gewässer belastet und wiederum mit der auf Kostensenkung ausgerichteten Tierhaltung zusammenhängt (siehe Seite 7).

Ziel 15 fordert unter anderem, Wälder zu erhalten und nachhaltig zu bewirtschaften. Einer der wichtigsten Treiber der Entwaldung in Südamerika ist die dramatisch steigende Nachfrage nach Soja als Futtermittel für die industrielle Tierhaltung. Auch wenn China die EU als Importeur in den letzten Jahren deutlich hinter sich gelassen hat, könnte eine spürbare Senkung der europäischen Sojaimporte den Nachfragedruck in Südamerika und weltweit reduzieren helfen. Der Erhalt der Wälder ist ein wichtiger Baustein, um die in SDG 13 bekräftigten Klimaziele von Paris zu erreichen. Darüber hinaus muss die Landwirtschaft selbst einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dies lässt sich nur mit einer veränderten und deutlich reduzierten Tierhaltung erreichen (siehe Artikel S. 4).

SDGs als Auftrag für die deutsche Entwicklungs- und Agrarpolitik

Für die deutsche und europäische Agrarhandels- und Entwicklungspolitik im ländlichen Raum bieten die SDGs eine klare Orientierung. Initiativen wie die deutsche Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ müssen in der Praxis konsequent Kleinbäuerinnen und -bauern sowie nachhaltige Produktionsmethoden fördern. In den Handelsbeziehungen muss Entwicklungsländern gerade in Afrika ausreichender Spielraum eingeräumt werden, verlässliche heimische Absatzmärkte für ihre kleinbäuerliche Landwirtschaft zu schaffen (siehe Artikel S. 7).

In Europa ist eine grundlegende Transformation der Agrarpolitik notwendig. Die in den kommenden Jahren zu beschließende neue

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU muss klare Anreize für eine umwelt- und sozialverträgliche sowie tiergerechte Landwirtschaft setzen. Dabei müssen die Wünsche der VerbraucherInnen und öffentliche Mittel ineinandergreifen. Germanwatch entwickelt dafür konkrete Vorschläge und setzt sich mit seinen Partnern gegenüber der Politik dafür ein. Mit WissenschaftlerInnen und LandwirtInnen diskutieren wir Möglichkeiten, die Tierhaltung nachhaltiger und mit weniger Antibiotikaeinsatz zu gestalten. Gleichzeitig drängen wir auf eine Handelspolitik, die die ländliche Entwicklung weltweit und den Umweltschutz unterstützt.

Tobias Reichert

Warum ich Germanwatch wichtig finde ...



Valentin Thurn
Dokumentarfilmer,
Journalist und Autor

Unser Ernährungssystem ist heute alles andere als nachhaltig: Ob Überdüngung oder Antibiotikaeinsatz, nicht-artgerechte Tierhaltung oder Lebensmittelverschwendung – es sind die Auswüchse einer großindustriellen, export- und profitorientierten Ernährungsindustrie. Germanwatch legt mit viel Sachkenntnis die Widersprüche offen, in die sich Politik und Gesellschaft verstrickt haben, damit wir auch mit unserem Essen einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten.

Germanwatch-Konzept für eine neue Agrarpolitik der Europäischen Union

Um die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung erreichen zu können, muss sich die Landwirtschaft auch in Deutschland und der EU grundlegend verändern. Die landwirtschaftlichen Betriebe können das nur dann leisten, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen und höhere Kosten einer nachhaltigeren Erzeugung künftig gedeckt werden. Eine grundlegende Veränderung kann nur auf europäischer Ebene erfolgen, da die EU eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) verfolgt, an die Mitgliedstaaten wie Deutschland gebunden sind. Bislang wird versucht, zugleich Ziele wie Umweltschutz und ländliche Entwicklung zu verfolgen sowie Exporte zu erleichtern. Die fehlende Kohärenz geht meist auf Kosten der Nachhaltigkeit. So sind die Ausfuhren in den letzten Jahren angestiegen, die Zahl der Betriebe und die Beschäftigung im ländlichen Raum gehen unterdessen drastisch zurück, immer mehr Arten gehen verloren und Gewässer und Klima bleiben belastet.

Verbraucherwünsche und öffentliche Förderung müssen Hand in Hand gehen

Im Zentrum der Germanwatch-Perspektive für eine Neue Agrarpolitik steht Transparenz, damit VerbraucherInnen erkennen, wer ihre Le-

bensmittel wie erzeugt hat. Öffentliche Mittel sollen gezielt an Betriebe fließen, die sich mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutz, Tierwohl und Qualität verbessern wollen. Dazu sollen – ähnlich wie bei der Eierkennzeichnung – alle Lebensmittel EU-weit in die Kategorien 0,1,2,3 eingeteilt und gekennzeichnet werden. Allerdings sollen damit nicht nur bestimmte Haltungsformen, sondern die Nachhaltigkeit der Erzeugung insgesamt kenntlich gemacht werden. Die Ziffer 0 entspricht den Anforderungen des EU-Ökolandbaus. Die Ziffern 1 und 2 kennzeichnen Produkte von Bauernhöfen mit geringerem Pestizideinsatz, tierfreundlicher Weidehaltung, mehr Platz je Tier im Stall und wenig Antibiotikabedarf. Die Ziffer 3 zeigt an, dass ein Produkt von Agrarbetrieben stammt, die lediglich gesetzliche Mindestanforderungen einhalten. Ein Kürzel für die regionale Herkunft findet sich neben dem Code – genau wie heute schon beim Ei. So können KonsumentInnen die aus ihrer Sicht „besten Bauern“ und regionale Lebensmittel erkennen und zu deren Wertschöpfung beitragen und Produkte mit der Ziffer 3 bewusst meiden. Die mit dieser Ziffer gekennzeichneten Eier aus Käfighaltung sind inzwischen fast ganz aus den Regalen verschwunden. Umfragen zeigen, dass neun von zehn KonsumentInnen in Deutschland bereit sind, für mehr Tierschutz auch einen höheren Fleischpreis zu zahlen. 82 Prozent finden es

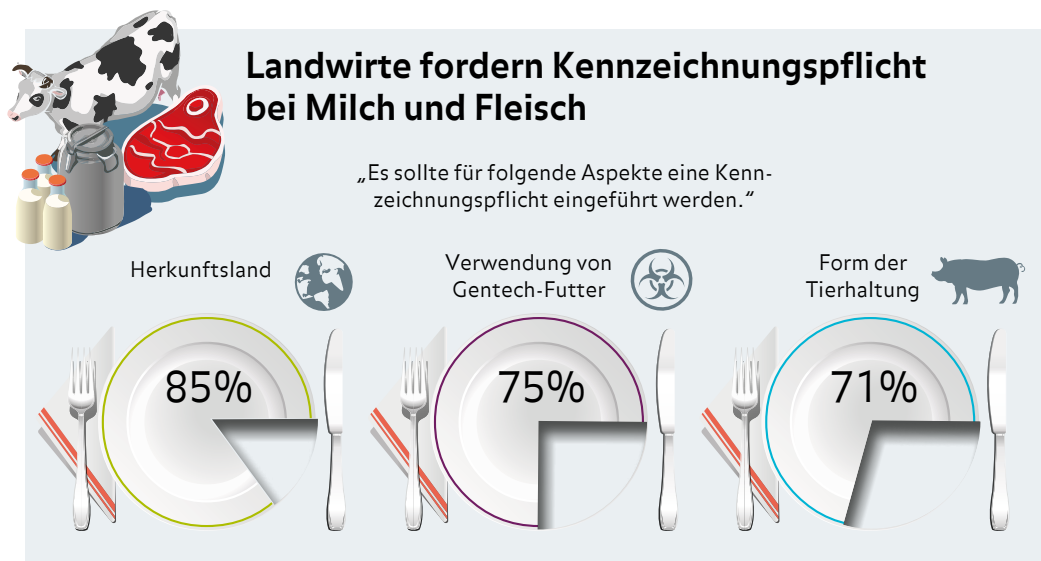
wichtig, Informationen zu Haltungsbedingungen direkt auf der Verpackung zu finden.

Die Zahlungen aus dem öffentlichen Haushalt sollten sich ebenfalls an diesen Kategorien orientieren. Perspektivisch wird die Förderung für Betriebe mit niedrigen Standards reduziert und läuft schließlich ganz aus. Gleichzeitig werden Betrieben zuverlässig Anreize geboten, wenn sie ihr Erzeugungssystem auf eine höhere Stufe weiterentwickeln und halten wollen, zum Beispiel von Stufe 3 mit industrieller Schweinehaltung etwa auf Stufe 2 mit weniger Tieren und ohne Gentechnik.

Den LandwirtInnen bietet sich so durch private Nachfrage und öffentliche Förderung ein verlässlicher Rahmen für eine nachhaltigere Erzeugung. Die Ziffern 0 und 1 garantieren Standards, die auch auf internationalen Märkten Erfolg versprechen – aber nicht durch Billigpreise, sondern eine besondere Qualität.

Reinhild Benning & Tobias Reichert

Positionspapier von Germanwatch:
www.germanwatch.org/de/14192



Die Landwirte selbst sind mehrheitlich für Kennzeichnungspflichten und damit eine höhere Transparenz.

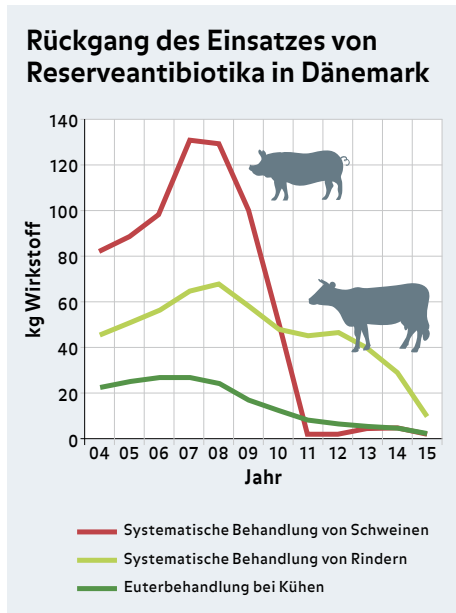
Quelle: Repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag von Germanwatch und www.wir-haben-es-satt.de; Januar 2016 (Grafik siehe Analyse „Vorschläge für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik“, www.kurzlink.de/GAPAnalyseHaeusling, S. 49).

Industrielle Tierhaltung bedroht die Wirksamkeit von Antibiotika weltweit

Eine der großen Herausforderungen für das globale Nachhaltigkeitsziel (SDG) 3 zum Thema Gesundheit besteht in der zunehmenden Resistenz von Krankheitserregern gegen Antibiotika. Damit drohen einfache Infektionen wieder zu lebensbedrohlichen Krankheiten zu werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen befürchtet, dass Infektionen bald Krebs als derzeit global häufigste Todesursache ablösen werden. Schon 2050 könnten über zehn Millionen Patienten jährlich sterben, weil Antibiotika nicht mehr wirken.

Da weltweit Tiere in landwirtschaftlicher Intensivhaltung etwa doppelt so viele Antibiotika erhalten wie Menschen, kommt der Tierhaltung große Bedeutung bei der Entstehung antibiotikaresistenter Keime zu. So sind zum Beispiel über 80 Prozent der schweinehaltenden Landwirte in Deutschland Träger von Antibiotikaresistenzen. Rund die Hälfte des Hähnchenfleisches in Deutschland ist mit resistenten Keimen kontaminiert. Die Resistenzen können sich auch durch den globalen Fleischhandel verbreiten.

Im Frühjahr 2017 hat die WHO die Liste der für den Menschen besonders wichtigen sogenannten Reserveantibiotika überarbeitet. Sie werden eingesetzt, wenn herkömmliche Antibiotika versagen, weil Keime Resistenzen entwickelt haben. Daher empfiehlt die WHO, dass diese Wirkstoffe in der Humanmedizin nur zurückhaltend und in der Tierhaltung möglichst gar nicht eingesetzt werden sollten. Denn auch für



Einsatz von Cephalosporinen der 3. und 4. Generation bei Schweinen und Rindern in Dänemark
(Quelle: DANMAP, 2016)

diese Antibiotika gilt, dass Resistenzen umso eher entstehen, je häufiger sie eingesetzt werden. Die Bundesregierung unterstützt zwar im Prinzip den WHO-Ansatz, doch stehen wirksame Regeln, die den Einsatz von Reserveantibiotika im Stall beschränken, noch aus.

Andere europäische Länder wie Dänemark und auch Bioanbauverbände sind da weiter und reglementieren generell den Antibiotikaeinsatz

und speziell den von Reservewirkstoffen. In den Ländern des globalen Südens dominiert bisher die Tierhaltung in Hinterhöfen, nomadische Haltung und die extensive Geflügelhaltung. Antibiotika werden hier in der Tierhaltung wenig bis gar nicht eingesetzt. Aber gerade in Schwellenländern wie Brasilien, Indien, China und Südafrika ist die Industrialisierung der Tierhaltung in vollem Gang. Dort rechnet man mit einer Verdopplung des Antibiotikaeinsatzes bis 2030. Daher wird erwartet, dass der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung weltweit von derzeit 63.000 Tonnen pro Jahr auf 105.000 Tonnen ansteigt, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. In den meisten Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen sind Antibiotika frei verkäuflich und unterliegen nicht der Verschreibungspflicht durch Tierärzte.

Um Antibiotikaresistenzen aus der Landwirtschaft wirkungsvoll zu bekämpfen, muss der Trend zu zunehmend großindustrieller Tierhaltung umgekehrt werden zugunsten einer antibiotikaarmen Tierhaltung in bäuerlich-ökologischeren Betrieben. Fleisch und Fisch, die mit antibiotikaresistenten Erregern belastet sind, sollten nicht mehr international gehandelt werden dürfen, um die globale Verschleppung und Ausbreitung der gefährlichen Keime zu bremsen. Deutschland und die EU müssen hier mit wirksamen Regeln gegen den Einsatz von Reserveantibiotika und den Export belasteter Lebensmittel vorangehen.

Reinhild Benning & Tobias Reichert

Bessere Tierhaltung schützt das Klima

Mit dem Klimaabkommen von Paris hat sich die Welt 2015 zum Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst sogar 1,5°C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Um das zu erreichen, dürfen ab Mitte des Jahrhunderts praktisch keine menschengemachten Treibhausgase mehr ausgestoßen werden. Dazu ist auch eine konsequente Neuausrichtung der Landwirtschaft weltweit und in Deutschland notwendig.

In Deutschland trug die Landwirtschaft 2014 laut Weltklimarat IPCC acht Prozent zu den gesamten Treibhausgasemissionen bei. Die größten Effekte haben Lachgas als Folge des

Stickstoffeinsatzes bei der Düngung sowie Methan aus der Verdauung von Wiederkäuern und dem Gülle-Management. Mehr als die Hälfte der Emissionen ist direkt auf Tierhaltung zurückzuführen und auch ein großer Teil der Stickstoffdüngung erfolgt durch Gülle. Emissionen von Kohlendioxid aus landwirtschaftlichen Böden werden dagegen nicht der Landwirtschaft zugerechnet, sondern fallen unter die Kategorie „Landnutzung“. Damit tauchen weder die Emissionen aus landwirtschaftlich genutzten Moorböden in den Berechnungen für die Landwirtschaft auf, noch wird berücksichtigt, dass landwirtschaftliche Böden je nach Art der Bewirtschaftung sowohl CO₂ emittieren als auch binden können. Auch indirekt von der deut-

lichen Landwirtschaft verursachte Emissionen, die im Ausland entstehen, zum Beispiel durch den Anbau importierter Futtermittel, werden nicht einbezogen.

Böden als Kohlenstoffsenken

Die Landwirtschaft kann aber durchaus klimaneutral oder idealerweise sogar zu einer Senke von Treibhausgasen werden. Dazu dürfen Moorböden weder für Ackerbau noch für intensive Weidewirtschaft genutzt werden. Eine sehr extensive Nutzung zum Beispiel durch die gelegentliche Beweidung mit Schafen oder den Anbau von Pflanzen, die optimal an feuchte ►

Bedingungen angepasst sind, etwa Schilf, kann dagegen sinnvoll sein.

Noch wichtiger ist, die Zahl der Tiere deutlich zu reduzieren. Die Emissionen aus der deutschen Landwirtschaft sind seit 1990 um etwa 18 Prozent zurückgegangen, weil die Tierhaltung in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung stark schrumpfte. In den letzten Jahren sind Fleisch- und Milcherzeugung jedoch deutlich angestiegen, da viele Fleischunternehmen und Molkereien, unterstützt von der Bundesregierung, auf wachsende Exporte setzen.

Aus Klimasicht sollten Höfe mittel- bis langfristig und mit ausreichender Unterstützung durch die Agrarpolitik nur so viele Tiere halten, wie betrieblich, lokal bzw. regional gefüttert werden können. Idealerweise mit Pflanzen, die für Menschen ungenießbar sind oder nicht schmecken. Wiederkäuer wie Rinder, Schafe und Ziegen können also vor allem mit Gras gefüttert werden, Hühner und Schweine mit Pflanzen, die vor allem zur Bodenverbesserung und nicht für den menschlichen Konsum angebaut werden, wie Lupinen und Ackerbohnen. Das hätte in vielen Regionen Deutschlands eine deutlich

geringere Fleisch- und Milcherzeugung zur Folge. Dann ließe sich die Haltung von Rindern, Ziegen und Schafen so gestalten, dass sie durch die angepasste Nutzung von Grasland den Klimaeffekt der verbleibenden Methanemissionen zumindest teilweise kompensiert, indem Kohlenstoff im Boden durch Humusaufbau gespeichert wird. Weitere Vorzüge einer klimafreundlicheren Tierhaltung wären deutlich niedrigere Futtermittelimporte sowie eine artgerechtere Ernährung und Haltung der Tiere.

Tobias Reichert

Die novellierte Düngeverordnung ist ein fauler Kompromiss

Interview mit Martin Weyand, Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e.V (BDEW)

Herr Weyand, Ihr Verband setzt sich für eine grundlegende Reform des Düngerechts in Deutschland ein. Warum werden die Wasserwerke zu einem agrarpolitischen Thema aktiv?

In einigen Regionen Deutschlands werden die Felder von der industriellen Agrarwirtschaft seit Jahrzehnten massiv überdüngt. Die Böden sind überlastet und verlieren zunehmend ihre Funktion als natürlicher Filter.

Inzwischen sind die Nitratwerte mancherorts alarmierend. Das schadet der Umwelt und sorgt für einen erheblichen Mehraufwand bei der Trinkwasseraufbereitung, und damit auch für deutlich höhere Kosten. Aus unserer Sicht kann es aber nicht sein, dass am Ende der Verbraucher für die Sünden der industriellen Agrarwirtschaft geradesteht.

Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für eine Verschärfung des Düngerechts ein, damit endlich ein wirksamer Umwelt- und Gewässerschutz gewährleistet werden kann. Gemeinsam mit neun Umweltverbänden und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di haben wir die Initiative „Stoppt die Gülle-Verschmutzung – Schützt unser Wasser!“ ins Leben gerufen. Diese ungewöhnliche Koalition zeigt, dass die Nitratverschmutzung der Gewässer alle gesellschaftlichen Gruppen betrifft. Wir müssen alle am gleichen Strang ziehen.

Der Deutsche Bauernverband weist darauf hin, dass der Nährstoffüberschuss auf den Feldern in den letzten Jahren – wenn



auch langsam – gesunken ist. Zudem wurde auf Druck der EU das Düngerecht verschärft. Ist Deutschland schon auf dem richtigen Weg?

Da spricht der Nitrat-Bericht der Bundesregierung aber eine andere Sprache: An fast einem Drittel der Messstellen wurde der Grenzwert von 50 Milli-

gramm Nitrat pro Liter teils massiv überschritten. Seit Jahren verstößt Deutschland gegen die Nitrat-Richtlinie der EU und muss sich hierfür nun vor dem Europäischen Gerichtshof rechtfertigen. In Vorfeldmessungen wurden vielerorts Nitratwerte von bis zu 400 Milligramm Nitrat gemessen. Und trotzdem werden die Felder immer weiter überdüngt und tonnenweise Gülle aus Nachbarstaaten importiert.

Das novellierte Düngerecht ist ein fauler Kompromiss mit zahlreichen Ausnahmen und Schlupflöchern. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es sollen zunächst nur Großbetriebe verpflichtet werden, ihre Stoffstrombilanzen offenzulegen. Somit wird sich bei 90 Prozent der Betriebe nicht kontrollieren lassen, wieviel Stickstoff tatsächlich in den Hof rein- und wieviel rausgeht. Wie kann damit ein nachhaltiger Schutz unserer Gewässer und Böden erreicht werden?

Was erwartet der BDEW vom gerade neu gewählten Bundestag und der Bundesregierung bezüglich des Düngerechts?

Wir fordern, dass die Politik strenge Grenzwerte für die Düngung einführt und Ausnahmen nur in begründeten Fällen zulässt: Die geplante Obergrenze von 170 Kilogramm Stickstoff pro Hektar Ackerfläche muss für alle stickstoffhaltigen Düngemittel gelten. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Mineraldünger von dieser Regelung ausgenommen sein soll. Auch müssen die Vorgaben zur Düngebilanzierung alle landwirtschaftlichen Betriebe erfassen. Wird an einem Standort der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter Grundwasser überschritten, muss ein sofortiger Düngestopf erfolgen. Damit Böden und Gewässer sich regenerieren können, müssen gefährdete Gebiete ausgewiesen und Aktionsprogramme eingeleitet werden.

Reichen wirksamere rechtliche Rahmenbedingungen beim Düngerecht aus, um die Qualität des Wassers zu sichern?

Für den langfristigen Umwelt- und Gewässerschutz braucht Deutschland eine konsequente und nachhaltige Agrarwende: Weg von der industriellen Landwirtschaft, hin zu einer nachhaltigen Nutzung der Böden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten EU-Agrargelder stärker in den ökologischen Landbau umgeschichtet werden. Die nächste Bundesregierung sollte sich bei der EU für die Umschichtung der Gelder stark machen.

Interview: Tobias Reichert

AKTION



Stoppt die Gülle-Verschmutzung – Schützt unser Wasser!

Jedes Jahr wird in Deutschland viel mehr Gülle auf den Feldern ausgebracht, als Pflanzen und Böden aufnehmen können. Das birgt gesundheitliche Gefahren für den Menschen. Zu viel Dünger gefährdet empfindliche Ökosysteme wie Flüsse, Seen und Naturschutzgebiete und schadet der Artenvielfalt. Zudem müssen die Wasserwerke aufwendige Gegenmaßnahmen treffen, um die hohe Trinkwasserqualität in Deutschland zu halten. Die großindustrielle Agrarwirtschaft ist eine Gefahr für unsere wichtigste Lebensgrundlage: das Wasser.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung und die Europäische Kommission:

1. **Sofortiger Dünge-Stopp in belasteten Gebieten**, wenn der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter im Grundwasser überschritten wird!
2. **Verpflichtende Stoffstrombilanzen ab 2018** für alle Agrarbetriebe!
3. **Gülle-Tourismus eindämmen**: Gülle-Transporte bundesweit überwachen und in nitratgefährdeten Gebieten Gülle-Importe stoppen!
4. **Agrarwende: Die Milliarden-Subventionen** für die großindustrielle Agrarwirtschaft müssen sofort zugunsten einer gewässer- und umweltverträglichen Bewirtschaftung der Flächen umgeschichtet werden!

Wir setzen uns für nachhaltigen Gewässerschutz und eine gewässer- und umweltverträgliche Landwirtschaft ein. Helfen auch Sie, die Nitrat-Verschmutzung unserer Böden und Gewässer zu stoppen! Unterschreiben Sie unsere Petition für eine Verschärfung des Düngerechts sowie eine Kehrtwende in der Agrarpolitik.

Die Unterschriftenlisten werden nach der Bundestagswahl an die VertreterInnen der neuen Koalition in Berlin sowie der Europäischen Kommission übergeben. Wir wollen sie auffordern, das Düngerecht zu verschärfen.

www.guelleverschmutzung-stoppen.de

Germanwatch unterstützt zusammen mit anderen Verbänden diese Petition des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.

Die Überdüngung der Felder kann uns alle teuer zu stehen kommen

Wir haben in Deutschland das große Glück, jederzeit Trinkwasser direkt aus dem Wasserhahn genießen zu können – ohne Bedenken und zu geringen Kosten. Dass sich an der hohen Qualität nichts ändert, stellen die Wasserwerke mit verschiedenen Aufbereitungsmaßnahmen sicher. Die Preisentwicklung hängt hingegen auch von Faktoren ab, auf die die Wasserwerke keinen Einfluss haben – insbesondere vom Zustand des Grundwassers. Hier beobachten wir eine bedenkliche Entwicklung: Obwohl seit 1991 die EU-Nitratrichtlinie eine Obergrenze von 50 Milligramm Nitrat pro Liter fest schreibt, hat sich der Zustand der Gewässer nicht verbessert. Im Gegenteil: In einigen Regionen nimmt die Nitratbelastung sogar noch zu.

Die massive Überdüngung der Felder durch die großindustrielle Agrarwirtschaft schadet der Umwelt und könnte für die Verbraucher deutliche Kostenbelastungen nach sich ziehen:

Erstens: Es wird für die Wasserversorger in vielen Regionen Deutschlands immer aufwendiger und kostenintensiver, die gesetzlichen Vorgaben der Trinkwasserverordnung einzuhalten. Wenn die herkömmlichen Aufbereitungsverfahren – wie die Tieferlegung oder der Bau von Brunnen sowie das Vermischen von belastetem mit weniger belastetem Wasser – künftig nicht

mehr reichen, könnte der Einsatz kostspieliger Denitrifikationsanlagen erforderlich werden. Ein BDEW-Gutachten zeigt, dass der Trinkwasserpreis in einigen Regionen dadurch um über 60 Prozent steigen könnte.

Zweitens: Die Klage der Europäischen Kommission gegen Deutschland wegen des anhaltenden Verstoßes gegen die EU-Nitratrichtlinie könnte zu hohen Strafzahlungen für Deutschland führen. Auch diese müssten letztlich die Steuerzahler finanzieren.

Drittens: Obendrauf kommen die ohnehin bestehenden Subventionen für die größtenteils industriell geprägte Landwirtschaft. Hier fordern wir eine deutliche Umschichtung der Agrarsubventionen der Europäischen Union in die ökologische Landwirtschaft.

Daher müssen zügig Maßnahmen für einen nachhaltigen Schutz des Grundwassers eingeleitet und die Düngepraxis geändert werden. Gewässerschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – auch die Landwirtschaft muss dazu beitragen. Zumal wir an den funktionierenden Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Wasserwerken sehen, dass Landwirtschaft und Gewässerschutz durchaus vereinbar sind: Die Wasserversorger und Landwirte treffen Vereinbarungen z.B. für

einen gewässerschonenden Einsatz von Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteln. Für Vorgaben, die über die gesetzlichen ordnungsgemäßen Regelungen hinausgehen, werden die Landwirte entschädigt. Zudem finanzieren die Wasserversorger in einigen Kooperationen sogar noch Fachberater, die Landwirte in Wasserschutzgebieten über umweltverträgliche Landwirtschaftsmaßnahmen zum Schutz des Trinkwassers informieren und sie bei der Umsetzung unterstützen. So soll auf freiwilliger Basis eine Verbesserung des Zustands unserer Gewässer erreicht werden.

Allerdings sehen wir an den steigenden Nitratwerten in einigen Regionen Deutschlands auch, dass freiwillige Kooperationen alleine nicht ausreichen. Deshalb fordern wir die nächste Bundesregierung auf, die kürzlich verabschiedeten Düngevorgaben zügig nachzuschärfen und wirksame Überwachungs- und Kontrollmechanismen einzuführen. Wenn es um das deutsche Grundwasser geht, darf sich die Politik nicht auf faule Kompromisse und großzügige Ausnahmeregelungen einlassen. Die massive Überdüngung unserer Äcker muss endlich gestoppt werden.

Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser

Ein Neustart für die Handelsbeziehungen Afrikas mit der EU ist notwendig

Seit mehr als 15 Jahren verhandeln die EU und regionale Zusammenschlüsse afrikanischer Länder weitgehend erfolglos über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). Mit den EPAs sollte die regionale Integration Afrikas und die Orientierung an internationalen Märkten gestärkt werden, indem die Regionen sich auf eine gemeinsame Handelspolitik einigen und zugleich den internen Handel liberalisieren. Wichtigstes Element ist, dass die EU ihre Märkte nicht mehr einseitig für afrikanische Märkte offenhält, da dies in der bisherigen Form die Regeln der Welthandelsorganisation WTO verletzt. Daher sollen auch die Zölle gegenüber der EU abgebaut werden, wobei allerdings eine Reihe von Gü-

tern ausgenommen sind. Zudem werden Beschränkungen auf den Export von Rohstoffen

weitgehend verboten. Obwohl die EPAs bereits 2007 abgeschlossen werden sollten, ist bis heute in Afrika erst ein regionales EPA mit der südafrikanischen SADC-Region unterzeichnet. In anderen afrikanischen Regionen haben einzelne Länder bilaterale Abkommen mit der EU geschlossen, die sich teilweise widersprechen; andere Länder wiederum sind faktisch aus den Verhandlungen ausgestiegen.



Seit langem schon umstritten: Demonstration gegen die unfairen Handelsabkommen der EU mit afrikanischen Staaten am Rande einer Fachtagung zum Thema im März 2009 in Berlin.

EPAs verfehlen ihre Ziele

Bei einer von Germanwatch im Juni 2017 mitorganisierten Tagung in Berlin stellten afrikanische Experten fest, dass sich die übergeordneten Ziele – regionale Integration,

Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung – mit den bislang verhandelten Abkommen nicht erreichen lassen. Der Zwang zur Marktöffnung und das Verbot, Rohstoffexporte zu kontrollieren, verhindern eine eigenständige Wirtschaftspolitik der afrikanischen Länder und somit Wertschöpfung und Beschäftigung. Die meisten afrikanischen Länder überfordert die Aufgabe, binnen weniger Jahre die Märkte innerhalb ihrer jeweiligen Region zu öffnen, gleichzeitig eine gemeinsame Strategie im Handel mit der EU zu entwickeln sowie Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechtsstandards zu verbessern. In der EU selbst dauerte

die Entwicklung eines gemeinsamen Marktes mit einer gemeinsamen Außenhandelspolitik mehrere Jahrzehnte.

Kanzlerin Merkel stellt Neuverhandlung in Aussicht

Obwohl die Bundesregierung die Verhandlungen der Europäischen Kommission in den letzten Jahren unterstützt hat, zeigte Kanzlerin Angela Merkel kürzlich erstmals eine kritische Sicht auf die EPAs. Im Rahmen einer öffentlichen Diskussion mit zivilgesellschaftlichen Gruppen im Vorfeld des G20-Gipfels nann-

te sie die bestehenden Verträge der EU mit afrikanischen Staaten „nicht richtig“. Beim EU-Afrika-Gipfel im Herbst sollten Gespräche darüber geführt werden, wie Handelsverträge mit Afrika neu verhandelt werden könnten. Mit einem Neustart in den Handelsbeziehungen, der die Interessen und Pläne der afrikanischen Länder in den Vordergrund stellt, könnte die neu gewählte Bundesregierung ein zentrales Element der dringend nötigen Partnerschaft auf Augenhöhe mit Afrika gestalten.

Tobias Reichert

Die Lust auf Nachhaltigkeit und Politik wecken

Gute Bildung für nachhaltige Entwicklung befähigt zum Wandel

Mit dem Pariser Klimaabkommen und den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) hat sich die Weltgemeinschaft auf einen nachhaltigeren Weg in die Zukunft aufgemacht. Die Umsetzung der Beschlüsse kann nur gelingen, wenn Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für und in allen Zielen im Gedächtnis bleibt.

Transformation packen müssen, benötigt neue transformative Zugänge zur Mitgestaltung unserer Zukunft. BNE im Kontext der SDGs/Agenda 2030 muss daher jede Einzelne und jeden Einzelnen mit Gestaltungskompetenzen, kritischem Reflexionsvermögen, Kreativität und Mut für eine aktive Veränderung unserer Gesellschaft ausstatten.

Lernen und Erfahren enorm wichtig, ebenso als Lernort einer entwicklungspolitischen Bildung und als Lernchance für Verantwortungsübernahme. Deshalb kommt es neben der Verringerung des ökologischen Fußabdrucks ebenso auf die Vergrößerung des Handabdrucks durch politisches und gesellschaftliches Engagement an.

Die stark wachsende globale Mittelschicht, die sich laut World Resources Institute bis 2030 auf knapp fünf Milliarden Menschen etwa verdoppeln wird, ist noch immer von einem undifferenzierten Wachstumsparadigma geprägt. Gleichzeitig erleben wir ein zunehmendes Überschreiten planetarer Grenzen, auseinanderdriftende Gesellschaften, das Aufweichen sozialer Standards, die Verletzung von Menschenrechten, eine Durchökonomisierung aller Lebensbereiche und wachsenden Druck auf zivilgesellschaftliche Akteure.



Die deutsche Regierung hat im Juni 2017 den Nationalen Aktionsplan BNE verabschiedet, der als Beitrag zur Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und den SDGs gilt.

Diesem Aktionsplan gebührt nun eine stärkere Beachtung in Bund, Ländern (bei den Curricula und in der Lehreraus- und -fortbildung) und Kommunen (Strukturen und Freiräume schaffen für Nachhaltigkeitserfahrungen).

Ein Schwerpunkt muss dabei die methodische Weiterentwicklung von BNE sein. Viele BNE-Lernformate zielen auf Verhaltens-

änderungen ab. Um einen gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben, reicht es jedoch nicht aus, weitere Broschüren mit Tipps zu füllen, wie wir unseren Alltag nachhaltiger gestalten können. Handlungskompetenz auf diese Ebene zu begrenzen, reduziert die Menschen auf ihre Funktion als Konsumentinnen und Konsumenten. BNE muss eine Brücke zwischen dem persönlichen Handeln und den verschiedenen Handlungsoptionen für eine strukturelle Veränderung schaffen. Das ist für die individuelle



BNE kann der Ort werden, wo die „Schönheit der Herausforderung“ – so Papst Franziskus in seiner bemerkenswerten Enzyklika „Laudato Si“ – im Dialog mit vielfältigen Akteuren konkret Gestalt annimmt. BNE soll sich als politische Bildung verstehen, die Lernende zum einen befähigt, in ihrem jeweiligen Aktionsraum Strukturen hin zu mehr Nachhaltigkeit bleibend zu verändern, zum anderen aber auch Mut und Lust macht und Anregungen gibt, vielfältige nachhaltige und kooperative Lebensstilfacetten mit geringem ökologischen Fußabdruck auszuprobieren – in Deutschland aber auch weltweit. Germanwatch ist ein Partner für eine solche Bildungsarbeit.

Alexander Reif & Stefan Rostock

Globale Umwälzungen finden statt. Eine damit verbundene Herausforderung ist, in diesem Transformationsprozess zivilisatorische und demokratisch-partizipatorische Umgangsformen zumindest zu erhalten. Bildung für nachhaltige Entwicklung bietet seit vielen Jahren Zugänge zu diesen Themen und ihren Zusammenhängen. Es ist wichtig, jedoch genügt es nicht, über diese Probleme, ihre Ursachen und mögliche Handlungsoptionen Bescheid zu wissen. Der Rucksack, den wir für die Große

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich).
www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen)
www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz.
www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- ___ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/weitblick
- ➔ Positionspapier: Germanwatch-Vorschlag für eine Neue Agrarpolitik der EU. Nur Download.
www.germanwatch.org/de/14192
- Analyse: Fundamente statt Säulen: Vorschläge für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/13340
- Sachcomic: Mensch. Macht. Milch. Wie Konzerne unsere bäuerliche Landwirtschaft verpulvern. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/11822
- Unterrichtsmaterial: Wandel mit Hand und Fuß. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/12040

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org,
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum,
Christoph Bals, Klemens van de Sand. Stand: Sept. 2017.
Layout: Dietmar Putscher. Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen
 Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL
mit finanzieller Unterstützung des



Die Verantwortung für den Inhalt dieser
Veröffentlichung liegt bei Germanwatch..

Termine

- **Göttingen, 05.10.:** Fachtagung „Antibiotikaminimierung in der Tierhaltung“, u.a. mit Reinhild Benning.
www.germanwatch.org/de/14225
- **Bonn, 05.10., 19 Uhr:** Vortrag u. Diskussion zu Postwachstumsökonomie, u.a. mit Prof. Niko Paech und Germanwatch-Geschäftsführer Christoph Bals.
www.germanwatch.org/de/14229
- **Vallendar, 06.–09.10.:** Seminar „Wandel in Bewegung setzen – Transformatives Engagement für die SDG“, mit Alexander Reif. www.germanwatch.org/de/13684
- **Kiel, 7.10., 16 Uhr:** Vortrag im Rahmen der Afrikatage zu Entwicklung im ländlichen Raum am Beispiel Milch von Tobias Reichert. www.germanwatch.org/de/14345
- **Bonn, 14.10.:** Germanwatch-Infostand beim Tag der Vereinten Nationen auf dem Marktplatz.
www.germanwatch.org/de/14325

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 monatlich halbjährlich jährlich
den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht.
Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen.
Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr.

Geldinstitut

BLZ

Datum

Unterschrift

Name

Vorname

Straße / Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden
(Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.

Name

Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail